

Rahmenvertrag zur Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung

zwischen

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

-vertreten durch -

Albstadtweg 11
70567 Stuttgart,

- im Folgenden „**KVBW**“ genannt –

und

Firma

-vertreten durch -

Straße Nr.
PLZ Ort

- im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt –

wird folgender Rahmenvertrag geschlossen:

Präambel

Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) vertritt als Körperschaft des Öffentlichen Rechts die Interessen von mehr als 24.400 Ärzten und Psychotherapeuten in Baden-Württemberg. Zu Ihren Aufgaben gehören ferner die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung und deren Qualitätssicherung im ganzen Land.

Ziele der psychischen Gefährdungsbeurteilung ist die tatsächlichen Belastungen und Bedürfnisse der Mitarbeitenden der KVBW sichtbar zu machen. Hierzu vergibt die KVBW die Leistung zu den nachfolgenden Konditionen.

§ 1 Vertragsgegenstand

Der Auftragnehmer schuldet dem Auftraggeber die Erbringung der beschriebenen Leistung, für welche er den Zuschlag erhalten hat. Deren genauer Inhalt ergibt sich aus der Anlage 1 ergänzend durch die Anlagen 2 und 5.

§ 2 Vertragsbestandteile

(1) Als Vertragsbestandteile gelten:

- | | |
|--|-----------|
| a) die Leistungsbeschreibung, | Anlage 1 |
| b) EVB IT Kriterienkatalog für Cloudleistungen | Anlage 2 |
| c) EVB-IT Cloud AGB | Anlage 3 |
| d) die im Vergabeverfahren eingereichten Bieterfragen | Anlage 4 |
| e) sowie die dazugehörigen Antworten des Auftraggebers, | |
| f) das Angebot des Auftragnehmers vom TT.MM.JJJJ, | Anlage 5 |
| g) die mit dem Angebot eingereichten Erklärungen,
Nachweise und Konzepte und Darstellungen
des Auftragnehmers, | Anlage 6 |
| h) das vom Auftragnehmer ausgefüllte Preisblatt
(Leistungsverzeichnis), | Anlage 7 |
| i) Vertrag zur Auftragsverarbeitung | Anlage 8 |
| j) die Datenschutz- und Vertraulichkeitserklärung, | Anlage 9 |
| k) die Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt, | Anlage 10 |
| l) die BVB zur Erfüllung des LTMG | Anlage 11 |
| m) die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen
gem. VOL/B in der jeweils gültigen Fassung | |

(2) Im Fall von Widersprüchen gilt die Reihenfolge in Absatz 1 als Rangfolge.

(3) Verbindlich sind ausschließlich die in den Vergabeunterlagen dokumentierten Vertragsbedingungen des Auftraggebers. Abweichende oder weitere Vertrags- oder Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers sowohl als Allgemeine Geschäftsbedingungen als auch in Form einzelfallbezogener Vertragsbedingungen sind nicht Vertragsbestandteil.

§ 3 Vertragsdauer und Kündigung

(1) Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung und endet nach Ablauf der Grundlaufzeit von 48 Monaten. Der Ausführungszeitraum der geschuldeten Leistung beginnt am 01.08.2026. Der Vertrag verlängert sich zweimal stillschweigend um jeweils 12 Kalendermonate, sofern die KVBW den Vertrag nicht mit einer Frist von sechs Kalendermonaten schriftlich zum Monatsende kündigt.

(2) Der Vertrag endet spätestens zum 31.07.2032 endgültig, ohne dass es einer

gesonderten Kündigung bedarf.

- (3) Das Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung bleibt davon unberührt.
- (4) In Fällen einer längerfristigen Leistungsstörung verliert der Auftragnehmer den Anspruch auf Vergütung, soweit er nicht bereits eine für die KVBW verwertbare Teilleistung erbracht hat. Bereits geleistete Zahlungen sind insoweit unverzüglich zurückzuerstatten.
- (5) Trifft den Auftragnehmer ein Verschulden am Eintritt des Rücktrittsgrundes, hat er der KVBW (unbeschadet aller weiteren Schadenersatzansprüche) die Weitergabe des Auftrages an einen Dritten erwachsenden Mehrkosten zu ersetzen.
- (6) Der Auftragnehmer ist gemäß Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB im zumutbaren Umfang zur Erbringung von Leistungen verpflichtet, die erforderlich sind, um einen neuen Auftragnehmer oder den Auftraggeber in die Lage zu versetzen, die Leistungen zu übernehmen. Abweichend/ergänzend von bzw. zu Ziffer 13.2 EVB-IT Cloud-AGB schuldet der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertragsende folgende Leistungen: Bereitstellung der Daten gem. Anlage 1 in mehreren Formaten (z. B. VM-Images, Container-Images, RAW-Exports, CSV, JSON, SQL-Dumps).

§ 4 Leistungen des Auftragnehmers

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich für die Vertragslaufzeit der KVBW eine feste Ansprechperson sowie eine entsprechende Vertretung zur Verfügung zu stellen. Sofern die Leistung durch die vertraglich vereinbarten Ansprechpartner nicht mehr erbracht werden kann (bspw. aufgrund von Kündigung oder längerfristigem krankheitsbedingtem Ausfall), hat der Auftragnehmer dies gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen und gleichwertigen Ersatz bereitzustellen.
- (2) Der Auftragnehmer verpflichtet sich die gesetzlichen Anforderungen und Empfehlungen für die Durchführung einer psychischen Gefährdungsbeurteilung zu folgen.
- (3) Der Auftragnehmer stellt die Vertraulichkeit im Rahmen der gesamten Leistungserbringung, insbesondere im Austausch mit dem Auftraggeber als auch mit einzelnen Mitarbeitenden, und die Einhaltung sämtlicher datenschutzrelevanter Bestimmungen zu jedem Zeitpunkt der vertraglichen Abwicklung sicher.
- (4) Der Auftragnehmer hat die spezifischen Arbeitsmittel zur Durchführung der Leistung bereitzustellen.
- (5) Der Auftragnehmer kann die Leistungen durch Dritte erbringen, sofern diese in der Ausschreibung benannt wurden, oder mit der KVBW abgestimmt und schriftlich freigegeben wurde.

§ 5 Rechte und Pflichten der KVBW

Die KVBW übernimmt im Rahmen der Vertragsabwicklung nachfolgende Tätigkeiten:

- a) Vorgabe der Auswertungs- und Analyseeinheiten, sodass die Organisationsstruktur der KVBW abgebildet wird.
- b) Versendung des Einladungslinks an die Mitarbeitenden der KVBW für die psychische Gefährdungsbeurteilung.
- c) Bereitstellung von Räumlichkeiten innerhalb der KVBW

§ 6 Bereitstellung der Online-Plattform

- (1) Der Auftragnehmer richtet für die gesamte Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung eine Online-Plattform ein. Konkretisierungen der technischen Anforderungen ergeben sich unter anderem aus der Leistungsbeschreibung (Anlage 1), dem EVB-IT-Kriterienkatalog (Anlage 2) sowie den Cloud AGB (Anlage 3).
- (2) Die Anmeldung auf der Online-Plattform erfolgt via eines Web-Links zur Authentifikation mit einem Benutzernamen und eines Passworts. Die Übertragung sämtlicher Authentifizierungsdaten erfolgt ausschließlich über eine verschlüsselte Verbindung nach dem jeweils anerkannten Stand der Technik (z. B. TLS-Verschlüsselung). Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die eingesetzten Sicherheits- und Verschlüsselungsverfahren regelmäßig überprüft und an aktuelle technische Entwicklungen angepasst werden.
- (3) Der KVBW muss ein kostenneutraler Link zur Verfügung gestellt werden, um den Fragebogen zur psychischen Gefährdungsbeurteilung an die Mitarbeitenden der KVBW zu zusenden.
- (4) Mitarbeitende der KVBW können bis zum Endtermin der jeweiligen Befragungen an der in § 1 genannten Fragebögen teilnehmen.
- (5) Den Mitarbeitenden der KVBW muss es möglich sein, ohne einer vorherigen Anmeldung, an der psychischen Gefährdungsbeurteilung teilzunehmen.
- (6) Die Online-Plattform ist spätestens zwei Wochen vor der Durchführung der psychischen Gefährdungsbeurteilung der KVBW zur Verfügung zu stellen.
- (7) Für die KVBW muss ein technischer Support für die Online-Plattform werktags mindestens von 08:00 bis 16:00 Uhr bereitstehen.

§ 7 Vergütung und Rechnungsstellung

- (1) Die Vergütung richtet sich nach der Leistungsbeschreibung sowie dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Preisblatt gem. Anlage 7.
- (2) Der Auftragnehmer hat bei der Rechnungsstellung auf deren Überprüfbarkeit zu achten, d.h. die Rechnung hat sämtliche rechnungsbegründenden Unterlagen zu enthalten. Anderenfalls ist der Auftraggeber berechtigt, die Rechnung zurückzuweisen und die

Erstellung einer prüfbaren Rechnung zu verlangen. Der Rechnungsbetrag wird so lange ausgesetzt, bis die Angaben vollständig nachgewiesen sind.

- (3) Die Rechnung sendet der Auftragnehmer unter Benennung der „**ZE-Nummer**“ ausschließlich in digitaler Form an rechnungen@kvbwue.de unter Verwendung der nachfolgenden Rechnungsanschrift:

Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg

Stabsstelle Gesundheit, Arbeitssicherheit & -medizin

Albstadtweg 11

70567 Stuttgart,

- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ein deutsches Konto bereitzustellen.
- (5) Die KVBW überweist den Rechnungsbetrag nach Eingang einer prüfbaren Rechnung einschließlich aller rechnungsbegründenden Unterlagen entsprechend § 17 VOL/B innerhalb von 30 Tagen auf das in der Rechnung angegebene Konto. Verzögerungen bei der Rechnungsbegleichung aufgrund von Fehlern bei der Rechnungsstellung hat der Auftragnehmer zu vertreten.
- (6) Im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags steht dem Auftragnehmer die Vergütung nur anteilig für bis dahin mangelfrei erbrachte Leistungen zu. Ohne Rechtsgrund erlangte Zahlungen sind im Falle der Beendigung des Vertrags zurückzuerstatten. Der Erstattungsanspruch ist sofort fällig. Kommt der Auftragnehmer mit der Rückerstattung in Verzug, ist der Erstattungsbetrag mit acht Prozent über dem geltenden Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu verzinsen.

§ 8 Änderung der Vertragspreise

- (1) Die Vertragspreise sind nach Vertragsschluss für die Vertragsparteien verbindlich. Eine Preisanpassung hinsichtlich der Vertragspreise des Preisblatts (Anlage 7) findet nur auf schriftliches Verlangen einer Vertragspartei und nicht vor Ablauf der von vier Jahren ab Vertragsbeginn, also frühestens mit Wirkung zum 30.06.2030 statt.
- (2) Ein Anpassungsverlangen ist drei Monate vor Inkrafttreten desselben beim Vertragspartner anzukündigen. Die Erhöhung hat angemessen und nicht entgegen der für die Leistung relevanten Markttendenz zu sein und darf maximal 5 % der zum Zeitpunkt der Ankündigung der Erhöhung geltenden Vergütung betragen.
- (3) Weitere Preisanpassungsverlangen sind jeweils frühestens 12 Monate nach dem Zeitpunkt der letzten wirksam vereinbarten Preisanpassung möglich.
- (4) Der Auftraggeber ist nicht verpflichtet einer Preisanpassung zuzustimmen. Eine Preisanpassung begründet immer ein Sonderkündigungsrecht seitens des Auftraggebers mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende.

§ 9 Absage und Verschiebung einer Veranstaltung

Die KVBW kann vereinbarte Termine (wie bspw. eine Vorstellungsveranstaltung) aus wichtigem Grund vor Beginn der Veranstaltung gegenüber dem Auftragnehmer verschieben oder absagen. Abhängig vom Zeitpunkt der Verschiebung bzw. der Absage erhält der Auftragnehmer einen Teil seines vereinbarten Honorars:

- | | |
|--|-------------------|
| a) Bis 28 Kalendertage vor Terminbeginn | kostenlos |
| b) Bis 14 Kalendertage vor Terminbeginn | 20% des Honorars |
| c) Bis 7 Kalendertage vor Terminbeginn | 40% des Honorars |
| d) Bis 3 Kalendertage vor Terminbeginn | 60% des Honorars |
| e) Ab 24 Stunden oder weniger vor Terminbeginn | 100% des Honorars |

Erfolgt die Verschiebung oder Absage der Veranstaltung einvernehmlich zwischen den Vertragsparteien, ist ein Vergütungsanspruch des Auftragnehmers ausgeschlossen.

§ 10 Haftung und Versicherung

- (1) Der Auftragnehmer haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- (2) Die KVBW übernimmt keine Haftung für Schäden an den vom Auftragnehmer eingebrachten Geräten, Maschinen oder Materialien. Der Auftragnehmer stellt die KVBW insbesondere von allen Ansprüchen frei, die aufgrund der Nichteinhaltung von gesetzlichen oder behördlichen Bestimmungen entstehen.
- (3) Der Auftragnehmer haftet für alle Schäden, die durch das von ihm eingesetzte Personal verursacht wird. Dies gilt auch für Schäden, die Dritten zugefügt werden und im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Auftragnehmers, an den Gebäuden der KVBW entstehen. Die vom Auftragnehmer verursachten Schäden jeder Art, sind der KVBW unverzüglich anzuzeigen. Soweit Dritte Schaden erleiden und den Auftragnehmer in Anspruch nehmen, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die KVBW unverzüglich freizustellen. Die KVBW ist darüber hinaus berechtigt, hieraus entstehende Forderungen durch einfache Erklärung nach §§ 387 ff. BGB gegen Forderungen des Auftragnehmers aufzurechnen.
- (4) Der Auftragnehmer hat darüber hinaus eine Betriebshaftpflicht- oder Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von min. 3.000.000 EUR für Personen- und Sachschäden sowie einer Deckungssumme von min. 1.000.000 EUR für Vermögensschäden je Versicherungsjahr abzuschließen und bei Aufforderung unterjährig durch den Auftraggeber nachzuweisen.

§ 11 Geistiges Eigentum, Nutzungs- und Verwertungsrechte

- (1) Der Auftragnehmer räumt der KVBW das einfache zeitlich und räumlich unbeschränkte Nutzungsrecht an sämtlichen, im Rahmen der KVBW zur Verfügung gestellten Fragebögen und Ergebnissen, Informationsmaterialien sowie den übertragbaren Nutzungsrechten ein. Die Nutzungsrechte umfassen auch das Recht zur Bearbeitung, Änderung und zur Vervielfältigung. Der Auftragnehmer stellt die KVBW darüber hinaus von Ansprüchen gegenüber Dritten frei.
- (2) Der Auftragnehmer hat durch vertragliche Vereinbarung mit Dritten sicherzustellen, dass er über sämtliche im Zuge der Vertragsdurchführung entstehenden Schutzrechte und sonstige Arbeitsergebnisse des Dritten in der Weise verfügt, dass er seinen Verpflichtungen nach diesem Vertrag nachkommen kann.

§ 12 Vorzeitige Auflösungsgründe

- (1) Die ordentliche Kündigung des Vertrags ist für beide Seiten ausgeschlossen.
- (2) Der KVBW steht das Recht zu das Vertragsverhältnis außerordentlich aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung aufzulösen, wenn nachfolgende Umstände vorliegen, welche die ordnungsgemäße Erfüllung des Auftrages offensichtlich unmöglich machen. Als wichtiger Grund ist insbesondere anzusehen, wenn:
 - a) der Auftragnehmer seine Leistung trotz Abmahnung wiederholt nicht oder nicht vertragsgemäß erbracht hat,
 - b) der Auftragnehmer selbst oder eine von ihm zur Erfüllung des Auftrages herangezogene Person Verschwiegenheits- und Datenschutzpflichten verletzt hat,
 - c) der Auftragnehmer im Rahmen der Vergabe falsche Erklärungen abgegeben hat oder diesen im Rahmen des Vertragsverhältnisses zuwiderhandelt, insbesondere in Bezug auf die Scientology-Erklärung,
 - d) der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt,
 - e) der Auftragnehmer gegen eine der Vorschriften des § 31 UVgO verstößt,
 - f) über das Vermögen des Auftragnehmers das Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlichen Verfahren eröffnet oder die Eröffnung zulässigerweise beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist oder die ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages dadurch in Frage gestellt ist oder dass er seine Zahlungen nicht nur vorübergehend einstellt,
 - g) der Auftragnehmer der KVBW oder dessen Mitarbeitenden oder von diesem beauftragten Dritten, die mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrags betraut sind, oder Ihnen nahestehende Personen, Geschenke, andere Zuwendungen oder sonstige Vorteile unmittelbar oder mittelbar in Aussicht stellt, verspricht oder gewährt oder

- h) der Auftragnehmer gegenüber der KVBW, dessen Mitarbeitenden oder beauftragten Dritten strafbare Handlungen begeht oder dazu Beihilfe leistet, die unter § 298 StGB (Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen), § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), § 333 StGB (Vorteilsgewährung), § 334 (Bestechung), § 17 UWG (Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen) oder § 18 UWG (Verwertung von Vorlagen) fallen.

§ 13 Verschwiegenheit, Datenschutz

- (1) Die Parteien verpflichten sich gegenseitig, während der Dauer und auch nach Beendigung dieses Vertrages alle Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse, die ein Vertragspartner über den anderen Vertragspartner aufgrund der Vertragsverhältnisse in Erfahrung gebracht hat, gegenüber jedermann geheim zu halten.
- (2) Die Geheimhaltungsverpflichtung entfällt, soweit die Informationen der empfangenden Partei nachweislich bereits vor Aufnahme der Vertragsbeziehung bekannt oder vor der Aufnahme der Vertragsbeziehung allgemein bekannt oder allgemein zugänglich waren oder ohne Verschulden der empfangenden Partei allgemein bekannt oder zugänglich werden. Die Beweislast trägt die empfangende Partei.
- (3) Der Auftragnehmer ist, auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses, über die ihm bei seiner Tätigkeit bekannt gewordenen dienstlichen Angelegenheiten zur Verschwiegenheit nach § 5 Bundesdatenschutzgesetz verpflichtet. Dazu verpflichtet er auch die bei der Ausführung des Vertrages beschäftigten Mitarbeitenden und Nachunternehmer. Von Schriftstücken, sonstigen Unterlagen und Daten, die dem Auftragnehmer zur Ausführung des Auftrages zugänglich gemacht werden, darf ohne vorherige Zustimmung der KVBW keine Abschrift, Kopie oder sonstige Vervielfältigung gefertigt werden. Der Auftragnehmer wird die vorbezeichneten Unterlagen und Daten gegen Zugriffe Dritter sichern.
- (4) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, von den aus der Beauftragung erlangten Kenntnissen außerhalb der Rahmenvereinbarung keinen Gebrauch zu machen. Dazu verpflichtet er auch die bei der Ausführung des Vertrages beschäftigten Mitarbeitenden und Nachunternehmer.
- (5) Für den Fall, dass mittelbar oder unmittelbar Daten der KVBW oder Datenmerkmale der KVBW zum Trainieren von KI-Modulen verwendet werden, bedarf es einer expliziten schriftlichen Zustimmung der KVBW.

§ 14 Eidesstattliche Erklärung

Der Auftragnehmer erklärt hiermit an Eides statt, dass kein Insolvenzverfahren eingeleitet wurde oder dass kein Insolvenzantrag mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wurde und dass sich der Auftragnehmer nicht in Liquidation befindet. Der Auftragnehmer

verfügt über alle notwendigen Genehmigungen und Befugnisse, um die im Vertrag dargestellten Leistungen ordnungsgemäß erbringen zu können.

§ 15 Schriftformerfordernis

- (1) Jegliche Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages, sowie mündliche Abreden zum Vertrag gelten nur nach schriftlicher Vereinbarung als Nachtrag zu diesem Vertrag. Dies gilt gleichermaßen für die Änderung des Schriftformerfordernisses selbst.
- (2) Die Schriftform wird auch durch Übermittlung eines rechtsverbindlich unterzeichneten Schriftstückes per Telefax, nicht jedoch durch sonstige Textformen (z. B. E-Mail) gewahrt; dies gilt entsprechend für alle sonstigen Erklärungen, für die nach diesem Vertrag Schriftform vorgeschrieben ist.

§ 16 Gerichtsstand, Erfüllungsort, Rechtsstreitigkeiten

- (1) Ausschließlicher Gerichtsstand für beide Vertragspartner ist Stuttgart, Deutschland. Schiedsklauseln wird widersprochen.
- (2) Die sich aus dem Vertrag ergebenden Rechtsstreitigkeiten zwischen der KVBW und Auftragnehmer werden im ordentlichen Rechtsweg nach deutschem Recht entschieden. Ein Streitfall berechtigt den Auftragnehmer nicht, seine Leistungserbringung aus diesem Vertrag zu unterbrechen bzw. weitere Leistungen abzulehnen.
- (3) Sofern mangelnde Vertragserfüllung auf höherer Gewalt beruht, ruht die Erfüllung der entsprechenden vertraglichen Verpflichtung solange der Zustand der höheren Gewalt andauert.

§ 17 Salvatorische Klausel, Nebenabreden

Sollten sich einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise als unwirksam oder undurchführbar erweisen oder infolge Änderungen der Gesetzgebung nach Vertragsabschluss unwirksam werden, bleiben die übrigen Vertragsbestimmungen und die Wirksamkeit des Vertrages im Ganzen hiervon unberührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmung soll die wirksame treten, die dem aus diesem Vertrag erkennbaren Willen der Parteien wirtschaftlich am nächsten kommt. Erweist sich der Vertrag als lückenhaft, gelten die Bestimmungen als vereinbart, die dem Sinn und Zweck des Vertrages entsprechen und im Falle des Bedachtwerdens vereinbart worden wären.